Nr. 181. 11. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3108) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberský in Hamburg.

Freitag, den 6. August 1897.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Hänschen Guck-in-die-Luft.

Die Naumann, Adolf Wagner und Genossen haben für ihre evangelisch-soziale Bewegung nunmehr Offiziere genug, aber wenig, fast gar keine Mannschaften. Und sie sehen selber ein, daß sie mit „Steifleinenen“ auf die Dauer nicht auskommen können. Aber woher schnell die Mannschaften nehmen? Der Zerfall der von Herrn Naumann als „altersschwach“ und „überlebt“ angesehenen Sozialdemokratie scheint doch nicht so rasch eintreten zu wollen, wie die Herren Evangelisch-Sozialen es brauchen.

Damit nun die Offiziere ohne Mannschaften nicht an der Zukunft verzweifeln, werden sie einstweilen mit großartigen Hoffnungen getröstet. Die Naumann und Genossen verfügen, das muß ihnen der Neid lassen, über ein gutes Stück Zuversicht und Selbstbewußtsein. Wir mit unserer strengen Selbstkritik waren bisher so bescheiden, als feststehend anzunehmen, daß die Verhältnisse stärker seien als die Menschen. Darauf lassen sich die sozialphilosophischen Kraftmeier der evangelisch-sozialen Richtung aber nicht ein; sie scheinen vielmehr der Ansicht zu sein, daß die Verhältnisse von ihnen gemacht werden. Wie könnten sich diese Leute sonst einbilden, es werde ihnen gelingen, die Arbeiter, und speziell die sozialistischen, zur Religion zurückzuführen? Die klassenbewußten Arbeiter sind doch nicht aus irgend einer Laune gegen alle Religion gleichgültig geworden. Nein, sie haben vielmehr eingesehen, daß die Religion nicht der Hebel ist, mit dem man die Felsblöcke bei Seite wälzen kann, die den Weg zur Freiheit und zum gleichen Recht für Alle versperren, und diese Erkenntniß ist ganz gewiß nicht zufällig gekommen, sondern die ganze soziale Entwicklung unseres Zeitalters nöthigt die Massen, die Blicke vom Himmel abzuwenden und auf die materiellen Verhältnisse zu richten.

Aber die Evangelisch- oder, wenn man lieber will, National-Sozialen bewegen sich in noch größeren Illusionen. Nicht nur, daß sie glauben, die deutschen Arbeiter für Flottenpläne und Kolonialpolitik begeistern zu können — sie hoffen auch darauf, daß aus den Arbeitern selbst heraus eine Macht erstehen werde, die dem demokratischen Sozialismus den Garaus macht. Und diese Macht erblicken sie in den Gewerkschaften, die nach Meinung der Naumann und Genossen mit Ungeduld auf den Augenblick warten, wo sie die alte Hülle, die sie bisher getragen, abwerfen und in das national-soziale Gewand schlüpfen können. Dann fällt — immer nach Meinung der Naumänner — der demokratische Sozialismus in sich selbst zusammen und die Arbeiter sind dann endlich dahin gekommen, wo die Herren sie haben wollen — sie treiben dann keine selbstständige Politik mehr und die Gesetzgebung und so weiter besorgen die „national-sozialen“ Herren Pastoren und Geheimräthe allein, während die Arbeitermassen die schöne Aufgabe übernehmen, für diese Herren ihre Stimmen abzugeben.

Das erinnert an eine Episode aus dem Jahre 1848. In den Märzstürmen hatten die Arbeiter der großen und kleinen Bourgeoisie zum Siege verholfen; sie hatten am tapfersten gekämpft und hatten namentlich in der großen Barrikadenschlacht in Berlin fast alle Opfer geliefert. Ganz Deutschland hallte wider von Triumphgesängen auf die frisch erkämpfte Freiheit. Was war natürlicher, als daß auch die Arbeiter kamen, um ihr bescheidenes Theil von dieser Freiheit zu fordern? Die „Arbeiterfrage“ kam aber den Bourgeois höchst ungelegen. Die Spießbürger ließen den Arbeitern durch ihre Preßorgane zurufen: „Kehre Jeder an seine Arbeit zurück!“ — „Die ganze Führung Eurer Errungenschaft, der volle Stolz des freien Mannes liegt darin, daß Ihr sagt: Wir leben von unserer Arbeit!“ So sprachen die Wortführer des liberalen Bürgerthums damals und mußten doch wissen, daß viele Arbeiter keine Arbeit bekommen und mindestens eben so viele von ihrer Arbeit nicht leben konnten. Ein Anderer rief gar den Arbeitern zu: „Jetzt keine Steigerung des Lohnes! Stellt durch Ordnung und Fleiß Euch das geschichtliche Zeugniß aus, daß Ihr für die Freiheit Eurer Nation zu arbeiten und zu leben wißt!“

Die edlen Spießbürger nahmen also das Recht, die Verhältnisse neu zu ordnen, für sich allein in Anspruch, während die Arbeiter, welche ihnen die Macht erkämpft hatten, schweigend zusehen und über sich ergehen lassen sollten, was die Bourgeois zu beschließen geruhen würden!

Mit den National-Sozialen ist es nicht viel anders. Die Arbeiter haben aus sich selbst heraus eine machtvolle politische Bewegung geschaffen, die eine tiefgehende Wirkung auf unsere ganzen Zeitverhältnisse ausübt und mit der alle bestehenden Machtfaktoren rechnen müssen. Da kommen nun eine Anzahl „national-sozialer“ Pfäfflein, Professoren, Geheimräthe u. s. w. und treten vor die Arbeiter hin. „Halt,“ meinen sie, „das geht so nicht. Kehrt Ihr auf den rein gewerkschaftlichen Boden zurück! Dort mögt Ihr Eure Differenzen mit den Unternehmern und Kapitalisten ausfechten! Aber die Politik überlaßt uns! Wir kennen Eure Interessen viel besser als Ihr selbst und wissen sie auch besser zu wahren!“

Merkwürdig ist, daß die bürgerlichen Parteien, so oft sie die Arbeiter in's Schlepptau nehmen wollen, sich dabei mit den Anarchisten in demselben Streben begegnen. Auch die Anarchisten wollen die „politische Enthaltung“ und den „rein wirthschaftlichen Kampf“, nur mit dem Unterschied, daß die Anarchisten gegen das Wählen überhaupt sind, während die bürgerlichen Parteien die Arbeiterstimmen, die für sie abgegeben werden, mit Behagen entgegennehmen.

Wenn die „National-Sozialen“ glauben, die Arbeiter würden um ihretwillen, um sich von den Herren Naumann und Genossen mit Religion und Flottenenthusiasmus traktiren zu lassen, der Politik und damit der Sozialdemokratie den Rücken kehren, so ist das einfach eine Art Größenwahn. Indessen ist dieser Größenwahn den niedergehenden Schichten häufig eigen und kommt auch gelegentlich bei der bürgerlichen Demokratie zum Vorschein. Auch dort wiegt man sich manchmal in die Täuschung ein, die Sozialdemokratie habe all ihre ungeheure Arbeit nur geleistet, damit nicht die bürgerliche Demokratie die ganze Bewegung zu sich hinüberleite und damit plötzlich zu einer Macht werde.

Alle diese Elemente verkennen den Karakter der sozialistischen Bewegung, die auf dem Klassenbewußtsein der Arbeiter beruht. Der demokratische Sozialismus und seine Vertreter haben Alles gethan, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken. Die bürgerlichen Parteien, welche die Arbeiterbewegung in's Schlepptau nehmen wollten, müßten Alles thun, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu unterdrücken.

Dies aber wird keiner Macht der Erde mehr gelingen und darum auch keiner der bürgerlichen Parteien, sie möge sich nennen wie sie wolle und möge sich noch so vorsichtig mit dem Schafspelz umhüllen.

Im Uebrigen haben wir nichts dagegen, wenn die National-Sozialen in den Gefühlen ihres Größenwahns schwelgen. Sie werden schon einmal, wie Hänschen Guck-in-die-Luft, stolpern und purzeln.

Von der Weltbühne.

Die Einberufung einer außerordentlichen Reichstagstagung zur Gewährung staatlicher Hülfe ist anläßlich der Wasserkatastrophe in einigen Blättern angeregt worden. Hierzu bemerken die „Berl. Pol. Nachrichten“:

„Dabei wird übersehen, daß, abgesehen davon, daß zur Zeit sich der Umfang der Schäden und das Maß der Hülfsbedürftigkeit, mithin auch noch gar nicht mit Sicherheit übersehen läßt, ob, in welcher Höhe und in welchen Formen auf Staatshülfe Bedacht zu nehmen sein wird, sowohl eine solche Hülfsthätigkeit wie demnächst die Fürsorge gegen die Wiederkehr solcher Verheerungen nicht Sache des Reiches, sondern der Bundesstaaten ist. Was Preußen anlangt, das neben den Königreichen Sachsen und Württemberg der am meisten von Hochwasserverheerungen betroffene Staat ist, so ist es jedenfalls in der Lage, aus seinen eigenen Mitteln für Alles, was nach Lage der Dinge von Staats wegen zu bessern sein wird, vollständig zu sorgen. Man wird indessen nicht vergessen dürfen, daß die Verwendung von Staatsgeldern zur Beseitigung der Ueberschwemmungsschäden sehr ihre zwei Seiten hat, und daß die Erfahrungen, die mit den in Folge der Hochwasserschäden von 1888 und 1889 beantragten Nothstandskrediten gemacht sind, dringend zur Vorsicht mahnen.“

Weshalb bezeichnet das Blatt die Thatsachen, welche zur Vorsicht mahnen sollen, nicht näher?

Unklar und verworren ist die innerpolitische Lage nach wie vor. Niemand weiß zu sagen, was werden wird. Herr v. Miquel ist aus Kiel von seiner Konferenz mit dem Kaiser zurückgekehrt und offiziös wird nunmehr versichert, daß es dort „keine Krisis gegeben hat“. Der Kaiser soll Miquels Politik der „Sammlung und Versöhnung“ gebilligt haben. So erscheint der ehemalige Umstürzler immer mehr in der Rolle eines leitenden Staatsmannes, obgleich er ja nur in Vertretung des abwesenden Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe zum Kaiser nach Kiel gereist ist. Er hat gewiß auch nur in dessen Vertretung die Rede im Abgeordnetenhause gehalten, die eine Programmrede sein sollte und sich nach Form und Inhalt als das persönliche Programm des preußischen Vizepräsidenten und Finanzministers darstellte und noch dazu als ein Programm, dessen Ausführung, soweit man sie sich überhaupt vorstellen kann, im Reiche und im Reichstage liegt. Herr v. Miquel erschien da als der Leiter der Reichspolitik. Viele halten ihn dafür, und die Agrarier, die seinem Programm Beifall zollten, erwarten offenbar viel von ihm.

Inzwischen hat der Kaiser seine Reise nach Petersburg angetreten. Dieselbe wurde um einen Tag verschoben. Anscheinend ist dieses, einer Berliner Meldung zufolge, geschehen, weil der Kaiser den Wunsch gehabt hat, den Reichskanzler vor seiner Abreise und dem Eintreffen in Petersburg noch persönlich zu sprechen. Fürst Hohenlohe aber hat Berlin, trotzdem er wegen der Unterbrechung der Bahnlinie auch nach Wien sich von Aussee nach Kainisch hatte tragen lassen, erst mit einer starken Verspätung erreichen können. Ob in der Unterredung, die der Kaiser mit dem Fürsten gehabt hat, die erwarteten wichtigen Entscheidungen getroffen worden sind, muß abgewartet werden.

Die Berliner „Neuesten Nachrichten“ sind ungehalten, daß Graf Waldersee wieder einmal als Reichskanzlerkandidat bezeichnet wird, und versichern, daß Graf Waldersee aller und jeder politischen Kombination vollständig und endgültig fernsteht und fernbleiben wird. Es wird übrigens jetzt wohl 10 Jahre her sein, daß Graf Waldersee, den damals die Bismarck'sche Presse als kommenden Mann angriff, Berichtigungen erzwang und erklärte, daß er nur Soldat sei und sich „nicht um Politik kümmere“.

Die Reise des deutschen Kaisers nach Petersburg giebt einigen Pariser Blättern Anlaß, Hundstagspolitik zu treiben. So berichtet der sehr deutschfeindliche orleanistische „Soleil“ aus Petersburg, eine von Deutschland ausgegangene und gegen England gerichtete Bewegung mache sich in russischen diplomatischen Kreisen geltend, die darauf abziele, einen Dreibund Frankreich-Deutschland-Rußland gegen England zu Stande zu bringen. „Soleil“ zergliedert diese Idee und findet, Frankreich habe nichts dabei zu gewinnen; Rußland dagegen beabsichtige, auf diesem Wege Konstantinopel und die Dardanellen in seine Hand zu bekommen, Deutschland wolle Holland und Belgien einverleiben (!!). Oesterreich, im Geheimen sondirt, habe seine Einwilligung gegeben gegen eine Entschädigung auf der Balkanhalbinsel. Hanotaux sei dem Plan günstig gesinnt.

Ernsthaft sind derartige Mittheilungen nicht zu kritisiren. Zu weitgehenden politischen Kombinationen dürfte der Besuch in Petersburg kaum Anlaß geben, umsoweniger, als Rußlands äußere Politik, speziell im Punkt der orientalischen Frage eine durchaus bestimmte und feste ist. Etwas Friedenskonzert wird's geben, sonst nichts von Bedeutung. Und wenn der deutsche Kaiser die Hauptstadt unseres „Erbfreundes“ verlassen hat, wird der Präsident der französischen Republik als Gast des Selbstherrschers daselbst erscheinen.

Zum Zollkrieg gegen Amerika hetzen in frivoler Weise die „Berl. Neuesten Nachr.“ Sie schreiben u. A.: „Wir müssen Amerika da treffen, wo es am empfindlichsten ist, an seinem Getreide-, Fleisch- und Petroleum-Export, da wir die Baumwolle nicht entbehren können. Alle diese Artikel sind von anderwärts her beziehbar. Petroleum von Rußland, dem wir eventuell Zollerleichterungen gewähren könnten. Die deutsche Industrie wird ohnehin so geschädigt werden, daß auch weitere Repressalien der Republik die Noth kaum steigern dürften, und wenn auch die Schifffahrt sehr empfindlich getroffen werden mag — so bleibt dennoch keine andere Wahl übrig.“

Das arbeitende Volk Deutschlands würde solch' eine verbrecherische Wahl theuer bezahlen müssen.

Die partikularistischen Strömungen geben nationalliberalen Blättern Anlaß zu folgender Klage:

„Mit großem Bedauern beobachten alle um das Wohl der Nation besorgten Kreise die lebhaften Schwingungen aller der Verstimmungen, die sich in den letzten Tagen in herben Worten über den Main hin- und herüber äußern. In Württemberg hat der Führer der schwäbischen Demokratie das verbitternde Schlagwort ausgegeben: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind“, und in Baiern wird der Aufruf, zur Bekämpfung der „borussifizirenden Einflüsse“ im Reichstage eine ausschließlich die baierischen Interessen vertretende „baierische katholische Volkspartei“ zu begründen, mit der Autorisation einer sehr hohen Stelle motivirt. Und in norddeutschen Blättern, insbesondere den Organen der Rechten, häufen sich Ausfälle und Sticheleien, welche im Süden verstimmen müssen. Dazu regt sich die polnische und dänische Agitation und in Braunschweig die welfische Bewegung stärker als je zuvor. Alle diese Mißtöne berühren um so unangenehmer, als die Zeiten nicht danach angethan sind, um auch nur den Anschein einer Verminderung, nicht nur des organisirten Zusammenhangs, sondern auch des Zusammengehörigkeitsgefühls der deutschen Stämme aufkommen zu lassen. Auf dem Gebiet der äußeren Politik liegen die Verhältnisse so komplizirt wie jemals seit dem letzten Kriege. Und Deutschlands Friedensmission ist nur zu erfüllen, wenn es sich selbst stark genug weiß und vor Allem auch von Anderen dafür gehalten wird. Mehr aber, wie angenehm und nützlich ist, werden in der ausländischen Presse bereits die oben angedeuteten Bekundungen eines zentrifugalen Sondergeistes behaglich ausgesponnen; und eine durch die Wünsche beschwingte Phantasie hilft weiter, um sich bereits in Vorstellungen von einem Verfall des deutschen Einheitsgefühls und der deutschen Volkskraft einzuwiegen.“

Wir haben schon des Oefteren ausgeführt, daß diese Situation lediglich der preußische Sondergeist verschuldet hat, jener Geist, welcher Deutschland für spezifisch preußisch-dynastische und junkerliche Interessen in Anspruch nimmt. Die beklagten partikularistischen Strömungen im Süden ꝛc. sind die ganz naturgemäße Reaktion gegen die Gefahr der Verpreußung.

Die Getreideernte, die sich in den meisten Theilen Deutschlands vorzüglich anließ, ist durch das Unwetter und die Ueberschwemmungen zum großen Theil stark gefährdet und jedenfalls in erheblichem Umfange qualitativ und quantitativ beeinträchtigt. Das Organ des „Bundes der Landwirthe“ bespricht diese Lage, aber natürlich ohne zu verrathen, wie sehr die Folgen des Börsengesetzes die Preisbildung des Getreides beeinträchtigt haben. Das Blatt spricht nur von den verzweifelnden und unter der Noth zusammenbrechenden Landwirthen; Millionen würden noch verloren gehen, wenn sich nicht bald eine Aenderung vollziehe, und fährt dann fort:

„Ist's denn ein Wunder, daß der Landwirth, dem die Noth bis an die Kehle geht, der tagtäglich zusehen muß, wie seine Hoffnung verdirbt und erstirbt, von einem dumpfen Gefühle der Empörung übermannt wird, wenn er hört, daß bei fröhlichem Mahle der Landwirth, der sich nicht selber zu helfen verstehe, als unwürdig bezeichnet wird, den Namen eines deutschen Landwirthes zu führen? Fürwahr, man muß diese Bitterkeit nachempfinden können, wenn man sich in die Seelen derer hineinversetzt, die jetzt hülflos der hereinbrechenden Noth gegenüberstehen. Was wird man thun, um solcher Noth zu wehren, um das zu wahren, was überhaupt noch zu wahren ist? Der Hochsommer hat die Abwärtsentwickelung der deutschen Landwirthschaft unheimlich beschleunigt. Es wankt und schwankt allenthalben. Halte man, was noch gehalten werden kann!“

Wohlgemerkt: Das Blatt spricht hier von den Folgen des andauernden Regens. Man könnte seinem ganzen Ton nach glauben, es spräche über Dinge, die durch die Fehler der Gesetzgebung oder der Regierung herbeigeführt worden sind und durch diese geändert werden können. Die Landwirthschaft ist vom Wetter abhängig und zieht das in Rechnung. Es gibt keine Macht, die gutes Erntewetter herbeiführen und das Auswachsen des Getreides verhindern könnte. Das Blatt vermeidet auch wohlweislich anzudeuten, was denn geschehen solle. Vielleicht der letzte berühmte Vorschlag des „Bundes der Landwirthe“: Verbot der Getreideeinfuhr? Wie stände es denn dann, wenn die Ernte wirklich so schlecht ist, wie es das Blatt übertrieben darstellt, um die Brotversorgung?

Scharfe kritische Bemerkungen gegen die agrarische Agitation hatte die Handels- und Gewerbekammer für Unterfranken in ihrem vorjährigen Bericht gemacht, worauf der unterfränkische Landrath unter Führung des agrarischen Häuptlings v. Thüngen eine Protestkundgebung losließ und die Regierung aufforderte, der Handelskammer die Subvention zu entziehen. In dem letzten Jahresberichte der unterfränkischen Handels- und Gewerbekammer findet nun die Anmaßung der Thüngen und Konsorten folgende treffliche Abfertigung:

„Unsere Ausführungen über die wirthschaftliche Lage im letzten Jahresberichte gaben der Majorität des unterfränkischen Landrathes Anlaß zu einer politisch gefärbten Kritik und zu einem verletzenden Versuch, durch Einschränkung unserer materiellen Mittel die Beschluß- und Urtheilsfreiheit unserer Kammer zu unterbinden. Wir müssen gegen die beleidigende Zumuthung, daß unsere Berichte den politischen Ansichten einer zufälligen Landraths-Majorität entsprechend gehalten sein sollen, ganz entschieden protestiren. Die Art und Weise, wie dieser Maßregelungsversuch eingeleitet wurde, und das Gewaltmittel, den bisherigen Betrag des gesetzlich uns zustehenden Zuschusses zu schmälern, richten sich nach unserer Meinung in den Augen der Allgemeinheit von selbst. Wir sind nicht gewillt, dem Sensations- und Agitationsbedürfniß der Führer dieser Landrathsmajorität durch eine eingehende Darlegung unseres Standpunktes nochmals Nahrung zu geben. Wir konstatiren vielmehr einfach, daß wir auf Grund der uns zugegangenen Einzelgutachten und nach freier Ueberzeugung einen wahrheitsgetreuen Bericht für unser vorgesetztes, hohes k. Staatsministerium des Innern erstattet haben, und an diesem unserem Recht und unserer Pflicht werden wir uns auch künftig durch keinerlei Einflüsse hindern lassen.“

Die „Gemeingefährlichkeit“ in Puttkamerun. Der königliche Landrath des Kreises Stolp, der Geheime Regierungsrath Herr von Puttkamer, erließ am 28. d. Mts. „portofrei laut Avers pp.“ . . . an sämmtliche Lehrer des Kreises, J.-Nr. 2758 II, folgende Verfügung: „Neuerdings hat der Herr Richard Hasse hierselbst unternommen, vor Beginn der von ihm arrangirten Versammlungen des Bauernvereins Nord-Ost das „Deutsche Reichsblatt“ und den „Bauernfreund“ durch noch schulpflichtige Kinder vertheilen zu lassen. Ich kann hierin nur einen Mißbrauch der Schulkinder zu gemeingefährlichen (!!) Zwecken erblicken, da die vertheilten Schriften ohne Zweifel Aufreizungen (!) der verschiedenen Volksklassen gegeneinander und auch oft Verdächtigungen der königlichen Behörden enthalten, und ersuche die Herren Lehrer recht dringend, diesem Mißbrauch der Schuljugend auf das Entschiedenste entgegen zu treten. Es wird dies am zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß jeder Lehrer, der von einer beabsichtigten Versammlung in seiner Ortschaft Kenntniß erhält, einige Tage vorher die Schulkinder auf die Möglichkeit, daß der pp. Hasse auch an sie mit dem gleichen Verlangen herantritt, aufmerksam macht und ihnen untersagt, sich in irgend einer Weise mit ihm einzulassen.“

Die genannten Blätter sind Organe der „Freisinnigen Vereinigung“ und lassen an Mattigkeit nichts zu wünschen übrig. Der Herr Landrath hat bekanntlich in Uebereinstimmung mit dem Köslimer Regierungs-Präsidenten auf Grund des nicht mehr zu Recht bestehenden § 10 des Preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 verboten, „Reichsblatt“ und „Bauernfreund“, in den Versammlungen des Bauernvereins Nordost zu vertheilen, weshalb dieselben durch „Boten in die Wohnungen der Ortseingesessenen geschickt werden müssen.

Bismarck und das Zentrum. Dem Fürsten Bismarck schreibt die „Germania“ für den gestern von uns auszüglich mitgetheilten, gegen das Zentrum gerichteten Artikel der „Hamburger Nachrichten“ die Autorschaft zu. „Es sind“ — sagt das ultramontane Blatt — „dieselben leitenden Gedanken, die Fürst Bismarck in dem Kampf gegen das Zentrum stets und allwege vertreten hat, und wenn die konservative Presse sich den Anschein giebt, den unzweifelhaft vorhandenen „Zug nach links“ in den Parteien nicht zu verstehen, andererseits aber auf das natürliche Bündniß zwischen Zentrum und Konservativen hinweist, so weisen wir darauf hin, daß dieselben Konservativen mit demselben Fürsten Bismarck stets einig gewesen sind, sobald dieser es für angebracht hielt, die Spitze seiner Politik gegen das Zentrum zu richten.“

Die „Germania“ nimmt für das Zentrum das Zeugniß in Anspruch, daß dasselbe häufig vom Fürsten Bismarck selbst zum sachlichen Beistand in Anspruch genommen worden ist, und daß es „lediglich aus sachlichen Rücksichten zum Wohle des ganzen deutschen Vaterlandes“ diesen Beistand in wichtigen politischen Fragen geleistet habe. Dann führt sie aus:

„Auf die schmachvollen, hundert Mal wiederholten Verdächtigungen des Zentrums als einer Partei, die ihre Interessen mehr in „internationalen Beziehungen“ als auf dem Boden des deutschen Vaterlandes zu vertreten suche, gehen wir weiter nicht ein. Wir sind vom Fürsten Bismarck stärkere Dinge gewöhnt und legen dies zu dem Uebrigen.

„Die „Galvanisirung des Kartells“ ist heute ein noch aussichtsloseres Unternehmen als im Jahre 1890, das den Fürsten Bismarck, „weil nichts mehr gelang“, aus seinem Amte entfernt hat. Die tiefgehenden wirthschaftlichen Differenzen, welche alle Parteien nach der Aussöhnung der verschiedenen Interessengruppen schreien lassen, sind heute schärfer wie je und haben auf den Gang unserer politischen Entwicklung einen unleugbar bestimmenden Einfluß gewonnen. Diese Spaltung ist es, welche die „Hamburger Nachrichten“ beklagen, die sie aber mit bodenlosen Angriffen gegen das Zentrum als schuldigen Theil in majorem gloriam des Kartells nicht aus der Welt schaffen werden.“

Schließlich werden alle treuen Katholiken ermahnt, „vor der unter dem Schlagwort: „Sammlung der Parteien“ drohenden direkten Gefahr für das Zentrum (wozu noch die konfessionelle Verhetzung besonders zu rechnen ist), um so enger zusammenzuhalten und alle mehr oder weniger nebensächlichen Differenzpunkte im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen in den Hintergrund zu drängen.“

Des Zentrums oft erprobte Wahlparole sei: „Einig, einig, einig!“ Diese Parole siege zuversichtlich. Fürst Bismarck habe als unbeschränkter Machthaber das Zentrum nicht „zertreten“. Der Greis im Sachsenwalde werde es mit einem Zeitungsartikel auch nicht vernichten.

Ein Vertheidiger der Heiligkeit des Eigenthums. In einer der letzten Sitzungen des ungarischen Abgeordnetenhauses warf Graf Alexander Karolyi der Regierung vor, daß sie in ihren Organen gegen die Heiligkeit des Eigenthums anstürmen lasse und ein System des „legitimen Wuchers“ begünstige, das die Grundbesitzer benachtheiligt. Die Angriffe auf die Budapester Geldmenschen interessiren uns hier nicht; desto mehr aber eine Enthüllung, die in Folge dieses Zwischenfalles über die moralischen Qualitäten des Grafen bekannt geworden ist. Graf Alexander Karolyi, der Hüter reiner Moral, ist schon längst als der ärgste Bodenwucherer bekannt, auf dessen Gütern die Arbeiterverhältnisse so elende sind, daß man ihn mit einem guten Theil der Schuld an dem Erntestreik belasten darf. Was für ein Subjekt der noble Graf sonst ist, bezeigt folgende von dem Abgeordneten Heltai, der auch Mitglied der Budapester Stadtrepräsentanz ist, verbürgte Thatsache. Während der Cholerazeit hatte der Minister des Innern die Stadt gedrängt, ein Wasserwerk zu errichten, das die ganze Kommune mit gesundem Trinkwasser versorgen könnte. Auf eine Anfrage der Hauptstadt hatte der Graf Alexander Karolyi, auf dessen Gebiet die ergiebigsten Quellen liegen, geantwortet, daß er mit Freuden seiner geliebten Vaterstadt sein Terrain zur Verfügung stelle, und die gerührte Repräsentanz, der Meinung, daß der immens reiche Magnat ihr die brachliegende Sandfläche zum Geschenk mache, war sogar so weit gegangen, dem Herrn Grafen protokollarisch Dank zu votiren. Als aber das Wasserwerk fertig, das ganze Röhrennetz gelegt war und nicht mehr weggenommen werden konnte, forderte der patriotische Herr Graf von der Hauptstadt für 218 Hektar Sandfläche, die von dem Ingenieramt auf 120 000 fl. taxirt wurde, nicht weniger als das nette Sümmchen von 2 162 118 fl. Und das redet vom Wucher! Trotzdem kriecht das ungarische Bürgerthum vor diesen adeligen Schmarotzern und verbündet sich mit ihnen gegen das gute Recht der armen Bauern und ausgebeuteten Arbeiter!

Der parlamentarische Bürgerwehrkrieg in der belgischen Kammer ist am Dienstag zu Ende gegangen. Der Reorganisations-Gesetzentwurf wurde mit 78 gegen 37 Stimmen angenommen, jedoch völlig verändert und verstümmelt. Die Mehrheit hatte nicht den Muth, der Regierung bei den beanstandeten Bestimmungen einen kräftigen Widerstand zu leisten, zumal der Minister erklärt hatte, zu der Bestimmung über die Zusammenziehung der Bürgerwehr verschiedener Ortschaften zu gemeinsamen Uebungen die Kabinetsfrage zu stellen. Die Mehrheit hatte vorige Woche die Bestimmung gestrichen, welche gestattete, die Wehrmänner jährlich auf zehn Tage zu Lagerübungen zusammenzuziehen. Da fand die Regierung den Ausgleich, daß sie ihre Forderung auf eine fünftägige Uebung beschränkte, und vom Lager war keine Rede mehr. Damit fand sich die Mehrheit ab.

Zur Sache bemerkt eine Brüsseler Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ folgendes: „Der friedfertig-unbotmäßige Bürgergardist wird auch bei einer fünftägigen Uebung, wobei die Leute Abends wieder in ihre heimathlichen Quartiere zu entlassen sind, bleiben, was er war: ein ungeübter Sonntagssoldat. Die Regierung hat somit ihren, von ihr selbst mit falschen Mitteln verfolgten Zweck, die Bürgerwehr zur Landesvertheidigung geeignet zu machen, verfehlt, somit ist nach wie vor die Frage der Heeresreform offen. In Bezug auf letztere Frage gab die Regierung gewundene Erklärungen, aus denen nichts Deutlicheres zu entnehmen ist, als daß sie sich genöthigt sieht, ihrer Mehrheit zu folgen. „Ich bin ihr Führer, da muß ich ihnen doch folgen“, sagte jener. Die Mehrheit hat übrigens dem Lande unnütze Kosten erspart, dafür auch die Gleichheit vor dem Gesetze verletzt, insofern als die alte Regel beibehalten wird, daß die Bürgerwehr zur Aktivität im Allgemeinen nur in den Gemeinden mit 10 000 Einwohnern berufen werden soll, außerdem noch in Festungsrayons und wo sonst die Wahrung der Ordnung es erfordert. Die Gefahr, daß die Sozialisten sich zum Wehrdienst anmelden und das gute Bürgerheer, wie sie selbst sagen, verseuchen, ist nach wie vor vorhanden.“

Hoffentlich bringen es unsere belgischen Genossen zu einer recht gründlichen „Verseuchung“.

v. **Aus Holland** ist zu melden, daß die beiden Stichwahlen, an welcher Sozialdemokraten betheiligt waren, zu Ungunsten derselben ausfielen. In Leuwarden unterlag Dr. Bax, der sozialdemokratische Kandidat, mit 1668 dem liberalen Kandidaten, Pyttersen, der 1943 Stimmen auf sich vereinigte. Im ersten Wahlgang hatte Pyttersen 1399, Dr. Bax 1081, Van Münster (klerikal) 856, Middeldoop (radikal) 333 Stimmen erhalten. Bei der Hauptwahl hatte bekanntlich der Sozialdemokrat Troelstra gesiegt, der indessen in einem anderen Kreise die Wahl annahm. In Winschoten erzielte unser bekannter Genosse Van Kol 2100 Stimmen, während sein Gegner bei der Stichwahl, der Radikale und Schutzzöllner Sydens, 2302 erhielt. Im ersten Wahlgang hatte Sydens 1208, Van Kol 1181, Gerritsen (radikal) 1050, Dyhuis (klerikal) 441 Stimmen erhalten. Auch in diesem Kreise war in der Hauptwahl Troelstra als Sieger hervorgegangen.

Aus Belgien ausgewiesen wurde im Juli v. J. das englische Parlamentsmitglied Ben Tillet. In Antwerpen sollten Versammlungen zum Zwecke der Organisirung der Hafenarbeiter stattfinden und u. A. war zwecks Agitation dafür auch Ben Tillet erschienen, aber verhaftet und „abgeschoben“ worden. Wohl oder übel mußte die englische Regierung der öffentlichen Meinung Rechnung tragen und bei der belgischen Regierung Beschwerde erheben. Die Verhandlungen sind jetzt so weit gediehen, daß Belgiens Regierung auf das Verlangen Englands hin sich bereit erklärt hat, den Fall durch Schiedsspruch entscheiden zu lassen. Der Minister des Auswärtigen hat von der Kammer die Ermächtigung verlangt, auf dieser Grundlage die Differenzen zu begleichen.

Es könnte nicht schaden, wenn die von der Hamburger Polizeibehörde aus gleichem Anlaß ausgewiesenen Engländer Tom Man und Genossen ebenfalls das Entschädigungsverfahren provozieren würden.

Der Militarismus in Frankreich. Der Bericht über die Aushebungsoperationen gestattet, den numerischen Stand der französischen Wehrkräfte festzustellen. Das stehende Heer, das 603 000 Militärpersonen aller Grade umfaßt, entläßt alljährlich 70 000 Disponible und 212 000 Reservisten. Die Disponiblen bleiben zwei Jahre lang in dieser Stellung und können durch ein einfaches Ministerialdekret zum aktiven Dienste herangezogen werden, so daß das aktive Heer in Wirklichkeit 743 000 Soldaten zählt. Die Reservisten bleiben zehn Jahre in der aktiven Reserve, sechs Jahre in der Territorialarmee und sechs Jahre in der Territorialreserve. Wenn man von der Grundziffer von 212 000 Mann ausgeht und für jedes Jahr einen Verlust von zwei Prozent in Abzug bringt, erhält man folgende Ergebnisse: 1 887 000 aktive Reservisten, zehn Jahrgänge; 957 000 Territorialtruppen, sechs Jahrgänge, 847 000 Territorialreservisten, sechs Jahrgänge. Fügt man zu diesen drei Elementen der französischen Wehrkräfte die 743 000 Soldaten und Disponiblen der aktiven Armee, so erhält man 4 434 000 Kämpfer, die alle eine militärische Durchbildung erhalten haben, zwei Drittel mehr als ein Jahr, ein Drittel ein Jahr hindurch, abgesehen von der Weiterbildung in den Uebungsperioden der aktiven Reserve und der Territorialarmee. Es muß außerdem bemerkt werden, daß die Mobilisirung noch 25 Jahrgänge von 38 000 Mann in den Hülfsdiensten, die nicht ausgebildet sind, und ferner 230 000 Rekruten des nächst einzuberufenden Jahrganges zur Verfügung der Militärbehörden stellen würde.

Eine ungeheure militärische Kraftanspannung, mit der bekanntlich der deutsche Militarismus beständig konkurrirt. Herrliche „Segnung“ des bewaffneten Friedens!

Im englischen Unterhause lenkte am 4. August gelegentlich der zweiten Lesung der Appropriationsbill Courtney die Aufmerksamkeit auf die Kündigung der Handelsverträge mit Deutschland und Belgien und bemerkte, seine Aeußerungen richteten sich nicht gegen die Schutzzollpolitik oder deren Nothwendigkeit überhaupt, aber es würden dadurch im Auslande und besonders in Frankreich große Mißverständnisse hervorgerufen. Die Kündigung der Verträge widerspreche dem System des Freihandels nicht, noch könne sie zum Tarifbruch führen. Chamberlain erklärte, der Zweck der Bemerkungen Courtney's sei nicht klar. Die Kündigung der Verträge sei entsprechend dem einstimmigen Wunsche der Kolonien mit Selbstverwaltung erfolgt, die mit dem Vereinigten Königreiche unter Vorzugsbedingungen Handel zu treiben wünschen.

Die Adelsfrage erregt in Schweden und Norwegen recht lebhaft die Gemüther. Es ist dort das Gerücht verbreitet worden, der König beabsichtige aus Anlaß seines im nächsten Monat stattfindenden 25jährigen Regierungsjubiläums eine nicht geringe Anzahl von hochgestellten Bürgerlichen in den Adelsstand zu „erheben“. Unter diesen Glücklichen nannte man mit aller Bestimmtheit den Konseilspräsidenten Boström, den Gerichtspräsidenten Forsell, den General Gadd und noch zwölf Andere. Die Meisten derselben hätten indessen, als sie in Betreff der ihnen zugedachten „Erhöhung“ sondirt wurden, zu verstehen gegeben, daß sie die ihnen zugedachte „Ehre“ ablehnen müßten.

Die dortige Presse hat nun angefangen, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, und es verdient hervorgehoben zu werden, daß nicht nur die liberalen, sondern auch nicht wenige konservative Zeitungen sich mit aller Entschiedenheit gegen solche „